

Am 1. September 1939 begann mit dem Angriff Deutschlands auf Polen der zweite Weltkrieg. Seit 1957 wird deshalb am 1. September an die Schrecken des Ersten und Zweiten Weltkriegs sowie an die schrecklichen Folgen von Krieg, Gewalt und Faschismus erinnert. Auch in Karlsruhe erinnern wir seit vielen Jahren am 1. September daran und in über 120 Städten in Deutschland finden dieses Jahr wieder Anikriegstagskundgebungen statt; aber erinnern allein genügt natürlich nicht. Die Herausforderung ist aus der Geschichte zu lernen und das heißt einzustehen für Frieden, Demokratie und Freiheit. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Was uns alle in diesen Tagen am meisten bewegt ist sicher die Katastrophe in Afghanistan. Deshalb dazu gleich am Anfang unserer Kundgebung dazu einige Worte:

Der Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan markiert das endgültige Scheitern des 20 jährigen Krieges, den die USA und ihre Verbündeten am Hindukusch geführt haben.

Der „War on Terror“ der USA und der NATO-Militäreinsatz in Afghanistan unter Beteiligung der Bundeswehr hat hunderttausenden Menschen das Leben gekostet und gleichzeitig den Terrorismus weiter befördert. Dazu ein Zitat des Drei-Sterne- Generals Lute, der unter den Regierungen von George W. Bush und Barack Obama für die Afghanistan-Strategie der US-Armee verantwortlich war: „Uns fehlte jedes Verständnis für Afghanistan. Wir wußten nicht was wir taten. ... Wir hatten nicht die leiseste Idee, auf was wir uns einliessen.“ <https://www.rnd.de/politik/die-bittere-wahrheit-uber-den-afghanistan-krieg-3HNSN5RHJFE5LAXVMQPJLSUXTM.html>

Nun hinterlassen die NATO-Truppen ein verwüstetes und verarmtes Land, in dem nach Angaben der Welthungerhilfe über 18 Millionen Menschen Hunger leiden.

Der Grund für das jetzt von allen Seiten beklagten "Desaster" sind aber nicht irgendwelche Fehler der NATO-Strategie oder der übereilte Abzug, sondern der in Afghanistan gescheiterte Versuch des Westens, mit militärischer Gewalt seine machtpolitischen Interessen weltweit durchzusetzen.

Den US-geführten Interventionstruppen in Afghanistan ging es nie darum, Menschenrechte oder Demokratie in Afghanistan herzustellen, sondern um geostrategische Vorherrschaft der NATO-Staaten in Zentralasien, in

unmittelbarer Nähe zu Russland, Iran und der VR-China, die von den USA zu ihren Feinden erklärt werden.

Nach der jetzt nahezu reibungslos verlaufenen Machtübernahme fielen den Taliban in wenigen Tagen Kriegsmaterial der US-Truppen und ihrer Verbündeten in gewaltigem Umfang in die Hände. In welchem Umfang könnt ihr nachlesen in dem Artikel „Nato-Waffen in Taliban-Hand - Wie die Islamisten zur bestgerüsteten Terrorgruppe der Welt werden konnten“ von Jürgen Grässlin, der hier verfügbar ist: <https://zivilcourage.dfg-vk.de/nato-waffen-in-taliban-hand/>

Mit dieser militärischen Aufrüstung der Taliban mit NATO-Waffen sind weitere bewaffnete Konflikte in der Region vorprogrammiert.

Die Bundesregierung ist offensichtlich nicht willens, Lehren aus dem desaströsen Einsatz am Hindukusch zu ziehen. Diese Lehren müsste vor allem heißen, dass alle Auslandseinsätze der Bundeswehr, auch die in Afrika, sofort beendet werden. Die Sorge der Regierungsparteien, dass zu viele bedrohte Menschen aus Afghanistan nach Europa kommen könnten ist angesichts der dort angerichteten humanitären Katastrophe eine zynische und menschenverachtende Ungeheuerlichkeit.

Die Friedensbewegung hat seit Jahren die Beendigung des Krieges und den Abzug der NATO-Interventionstruppen gefordert. Die NATO-Staaten müssen jetzt die Verantwortung für die von ihnen angerichtete Katastrophe übernehmen und humanitäre Hilfe leisten.

Wir solidarisieren uns mit den fortschrittlichen und emanzipatorischen Kräften in Afghanistan, die für Demokratie und gegen jede ausländische Einmischung kämpfen.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung:

Solidarität mit den bedrohten Menschen in Afghanistan.

Alle, deren Leben in Afghanistan bedroht ist, muss die Einreise nach Europa ermöglicht werden.

Die nach Europa Flüchtenden dürfen nicht länger kriminalisiert werden!

Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr!

*Vielen Dank an Claus Schreer vom ISW-München für Infos und Anregungen
<https://www.isw-muenchen.de/>*

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Wie kann eine friedliche Alternative zu militärischer Gewalt aussehen und entwickelt werden? Einen Vorschlag macht das von der evangelischen Landeskirche in Baden mitentwickelte Szenario „Sicherheit neu denken! – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“. Dieses Szenario zeigt – ausgehend von unserer gegenwärtigen Situation - einen Weg auf, wie wir in konkreten Einzelschritten bis zum Jahr 2040 die militärischen Sicherheitsun-logik überwinden können und auch was zu befürchten ist, wenn wir so weitermachen wie bisher. Entscheidend für das Gelingen der Überwindung einer militärischen Unsicherheitspolitik ist dabei für mich die Entzauberung des Mythos von der Wirksamkeit von Gewalt.

Dazu ein Zitat von Oberst Professor Dr. Matthias Rogg von der Führungsakademie der Bundeswehr und des German Institute for Defence and Strategic Studies, der bei der Vorstellung des Szenarios „Sicherheit neu denken“ das Szenario so kommentierte: „Schließlich ist der Einschätzung zuzustimmen, Kriege seien 'stets von Wunschdenken und Machtphantasien geleitet' und das Potential militärischer Interventionen werde 'chronisch überschätzt'.“ Da hat der Bundeswehr-Professor recht, aber er geht natürlich nicht weit genug, denn er kann nicht erkennen, dass jeder militärische Konflikt den folgenden schon in sich birgt. Diesen zerstörerischen Kreislauf gilt es zu durchbrechen; und gewaltfreier Widerstand ist nicht nur möglich, sondern auch erfolgreicher: Die beiden us-amerikanischen Sozialwissenschaftlerinnen Erica Chenoweth und Maria J. Stephan haben in ihrer 2011 erschienenen Studie „why civil resistance works“ nachgewiesen, dass gewaltfreier sozialer Widerstand doppelt so erfolgreich ist wie bewaffnete Interventionen und Folgeuntersuchungen bestätigen ihre Ergebnisse.

Was ich hier heute nur andeuten kann, wollen wir am 7. September im Tollhaus Karlsruhe bei der Veranstaltung "*Weiterhin immer mehr Rüstungsausgaben oder Sicherheit neu denken? - Bundestagskandidat*innen antworten auf Fragen und Vorschläge aus der Friedensbewegung*" ausführlicher diskutieren. Die Veranstaltung wird auch gestreamt werden.

<https://www.sicherheitneudenken.de/>

Stefan Lau - Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner:innen (DFG-VK)
Karlsruhe
dfg-vk.karlsruhe(at)posteo.de